

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 17. Dezember 1962

Blatt 2838

Bürgermeister Franz Jonas:

Lebenslänglicher Entzug des Führerscheines für betrunkene Autofahrer!

Zureden, aufklären und mehr guter Wille!

17. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 16. Dezember, über Sicherheit im Straßenverkehr.

Der Bürgermeister führte aus: "In meiner letzten Sendung berichtete ich über wichtige Entwicklungsmerkmale in Wien während des nun zu Ende gehenden Jahres. Ich zeigte auf, daß sich der steigende Lebensstandard nicht nur an der Vermehrung der Spareinlagen messen läßt, sondern auch an der Zunahme der motorisierten Fahrzeuge um mehr als 18.000. Der Zuwachs betrug täglich 58 Fahrzeuge, der Gesamtstand Ende Oktober 289.000 Motorfahrzeuge. Dementsprechend vermehrten sich die Parkschwierigkeiten, denn in den seltensten Fällen verfügen die neuen Autobesitzer über eigene Parkplätze. Weil sich die Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt nicht gebessert, sondern eher verschlechtert haben, versprach ich, darüber gesondert zu berichten.

Als am 1. Jänner 1961 die neue Straßenverkehrsordnung in Kraft trat, erhoffte man sich eine wohltätige Auswirkung auf die Sicherheit im Straßenverkehr. Die Ergebnisse der ersten Monate waren tatsächlich erfreulich, denn es sank die Zahl der Unfälle, der Verletzten und der Toten in einem auffälligen Maße. Ebenso

./.

sank die Zahl der alkoholisierten Verkehrssünder und die Fälle von Fahrerflucht. Leider hielt diese Wirkung der Straßenverkehrsordnung nicht an. Wohl freuen wir uns darüber, daß trotz der Zunahme der Motorfahrzeuge die Zahl der Unfälle abnahm, und dementsprechend auch die Zahl der Verletzten und der Toten sank. Trotzdem sind die Zahlen noch immer erschreckend hoch. Der Bericht der Polizeidirektion Wien besagt, daß in den ersten zehn Monaten des Jahres 12.135 Straßenverkehrsunfälle zu verzeichnen waren, bei denen 8.236 Personen verletzt wurden und 148 Personen den Tod fanden. Wohl bedeutet das eine Verminderung gegenüber dem Vorjahr. Aber wer kann schon zufrieden sein, wenn noch immer so viele Menschen zu Schaden kommen? Diese Zahlen erhalten noch einen bitteren Beigeschmack, wenn man hört, daß an den Verkehrsunfällen 760 alkoholisierte Personen beteiligt waren, davon 635 Lenker und 125 Fußgänger und Fahrgäste. Diese Zahlen bedeuten leider eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Ebenso stiegen auch die Fälle von Fahrerflucht auf 1.639. Mit dieser Entwicklung kann niemand zufrieden sein und sie stellt einem Teil der Verkehrsteilnehmer ein schlechtes Zeugnis aus. Ich sage ausdrücklich: einem Teil der Verkehrsteilnehmer, denn die meisten Autofahrer und Fußgänger sind vorbildlich diszipliniert. Und so muß es ja auch sein, denn sonst würde der Tod auf der Straße gewiß schreckliche Ausmaße annehmen.

Kann man noch etwas tun, um die Sicherheit im Verkehr zu bessern? Selbstverständlich! Wir dürfen vor den Schwierigkeiten nicht kapitulieren, wir dürfen nicht nachgeben, denn es handelt sich um das Kostbarste, das jeder von uns besitzt, nämlich um Gesundheit und Leben. Wo es um den Menschen geht, hören sich Gemütlichkeit und Sorglosigkeit auf, da hat jeder für sich und für den anderen die volle Verantwortung zu tragen. Alle Statistiken besagen, daß 90 Prozent der Verkehrsunfälle auf menschliches Versagen zurückzuführen sind und nur zehn Prozent auf technische Mängel.

Ich weiß schon, daß man die Menschen so nehmen muß wie sie sind, mit ihren Vorzügen und Fehlern. Wie kommt man an sie heran und was soll man tun, damit sie im Straßenverkehr nicht sorglos

./.

oder gewalttätig, nicht rücksichtslos oder leichtsinnig sind? In erster Linie muß man natürlich aufklären, erziehen und zureden und - wenn es nicht anders geht, muß man auch strafen. Darüber kommt man nicht hinweg, weil es leider Menschen gibt, bei denen das Zureden nichts nützt. Man sagt, daß die Zunahme der Unfälle, die durch Alkoholiker verursacht werden, auf den gehobenen Lebensstandard zurückzuführen sei. Wenn es so ist, muß denn deshalb der Wert des Menschenlebens sinken? Ich halte bei Alkoholikerunfällen die höchsten Strafen für gerechtfertigt, und zwar nicht nur Gefängnis oder Geldstrafen, sondern den lebenslänglichen Entzug des Führerscheines. Diese Strafe ist die wirksamste und schmerzt mehr als jede andere.

So verwerflich der Alkohol am Lenkrad ist, so abscheulich ist auch die Fahrerflucht. Was soll man von einem Menschen halten, der mit seinem Fahrzeug einen Verkehrsunfall verursacht und sich dann einfach nicht um sein Opfer kümmert und davonfährt, um sich der Strafe zu entziehen. Das ist wohl das Gemeinste, das ein Mensch dem anderen antun kann. Manches Leben wäre noch zu retten gewesen, wäre rechtzeitig Hilfe gekommen. Wer Fahrerflucht begeht, und sein Opfer im Stich läßt, der hat Menschenleben auf dem Gewissen.

Manchmal werden Meinungen laut, die besagen, daß die Verkehrssünder deshalb flüchten, weil die Strafen zu hoch sind. Wären die Strafen nicht so schwer, so argumentieren sie, dann würden sich die Verkehrssünder vor ihnen nicht fürchten und keine Fahrerflucht begehen. Dieses Argument ist nur scheinbar richtig. Denn wenn die Strafen noch geringer wären, dann würde eine bestimmte Sorte von Fahrern noch sorgloser und gewissenloser sein, weil sie ja keine empfindliche Strafe erwartet. Man kann eben Körperverletzung und Mord nicht unterschiedlich bewerten und sagen, daß sie eine geringere Strafe verdienen, wenn man sich zu ihrer Ausführung eines Autos bedient.

Glücklicherweise muß man nicht nur strafen, um zu einer besseren Verkehrssicherheit zu kommen. Die Methode des Zuredens und Aufklärens hilft auch und ist vielleicht wirksamer. Hier

kann ich mit aufrichtigem Dank die Tätigkeit einiger Organisationen anführen, die sich besonders um die Verkehrserziehung und Unfallsverhütung bemühen. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit arbeitet bereits seit Jahren in dieser Richtung und geht nach einem wohldurchdachten Plan vor. Es sorgt in mehrfacher Weise für die Erziehung aller Verkehrsteilnehmer, gibt eigene Publikationen heraus und benützt für die Popularisierung dieser Bestrebungen auch den Rundfunk, das Fernsehen und den Film. Vorträge und Ausstellungen sorgen ebenfalls für die Aufklärung und die Kenntnis der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, vor allem der neuen Straßenverkehrsordnung. In ähnlicher Weise wirken die beiden großen Organisationen der Autofahrer, und zwar der Touringclub und der ARBO, die vor allem in ihren periodischen Druckschriften immer wieder ihre Mitglieder verpflichten, selbst für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit zu sorgen und immer wieder aufklärend zu wirken. Der Österreichische Rundfunk hat mit seiner populären täglichen Sendung "Autofahrer unterwegs" für die Verkehrssicherheit und für die Verkehrsmoral unschätzbare Dienste geleistet. Mit Recht wird dort immer wieder hervorgehoben, daß man nicht nur die Verkehrsvorschriften kennen und einhalten, sondern daß man im Straßenverkehr auch Charakter haben muß. Eine gleich erfolgreiche Erziehungsaufgabe vollbringen die Tages- und Wochenzeitungen, die für die Unfallsverhütung viele Ratschläge und Mahnungen bringen.

In diesem Zusammenhang darf man jene Institution nicht vergessen, die im Kampf gegen die Straßengefahren die Hauptlast zu tragen hat, nämlich die Polizei. Für sie sind die Probleme der Verkehrssicherheit und Verkehrserziehung keine Theorie, sondern tägliche Praxis in hunderten Fällen, leider manchmal auch in Fällen, wo die Kompetenz der Polizei aufhört und die Aufgabe der Rettungsgesellschaft beginnt. Ich weiß, daß die Angehörigen der Verkehrspolizei ihren Beruf sehr ernst nehmen, weil sie wissen, daß der Verkehr in unserer Millionenstadt eine wichtige, aber empfindliche Einrichtung geworden ist. Die Aufgaben der Polizei werden immer umfangreicher und schwieriger, obwohl auch bei ihr Personalmangel herrscht. Der Wiener Polizei-

präsident hat mir vor kurzem berichtet, daß 650 Posten für Sicherheitswachebeamte nicht besetzt sind. Dieser Fehlstand belastet den Rayons- und Verkehrsdienst ganz besonders und es treten natürlich Schwierigkeiten auf. Deshalb hat sich die Polizei zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen. Seit einigen Tagen sieht man Plakate, in denen junge Männer aufgefordert werden, sich um Aufnahme bei der Polizei zu bewerben. Wohl sind durch die Vermehrung der automatisch geregelten Kreuzungen die Aufgaben der Polizei erleichtert worden, aber gleichzeitig müssen jetzt Verkehrsposten an Kreuzungen aufgezogen werden, an denen vor kurzer Zeit eine Verkehrsregelung noch überflüssig war. Wenn wir den Polizeibeamten für ihren verantwortungsvollen Dienst danken wollen, dann tun wir es wohl am besten in der Form, daß wir ihnen die Ausübung ihres Dienstes erleichtern.

Natürlich kann jetzt jeder mit Recht fragen: Und was tut die Gemeinde für die Verbesserung der Verkehrssicherheit? Darüber will ich Ihnen gerne berichten. Seit einer Reihe von Jahren baut die Gemeinde in großzügiger Weise eine Kreuzung nach der anderen um, um sie gefahrlos zu machen. Bei besonders gefährlichen Kreuzungen werden unterirdische Fußgängerpassagen errichtet, Straßen und Straßenbahnen unterirdisch verlegt. Als Beispiel hiefür brauche ich Ihnen bloß die vier großen unterirdischen Bauten an der Ringstraße, den Südtiroler Platz und den Praterstern in Erinnerung zu rufen. Im kommenden Jahr werden bei der Oper und auf der Lastenstraße große Verkehrsbauten begonnen, die durch die weitere Intensivierung des Verkehrs notwendig geworden sind. Das Ziel dieser Bauwerke ist vor allem die Sicherheit und der Schutz des Fußgängers, der gegenüber dem Kraftfahrer auf jeden Fall der Schwächere ist. Die Kosten dieser Verkehrsbauten gehen in die hunderte Millionen Schilling, doch sind die Ausgaben zu rechtfertigen, wenn man bedenkt, daß damit die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer und die Flüssigkeit des Verkehrs erreicht werden.

Natürlich gibt es außer diesen Verkehrsbauten noch eine Reihe anderer Maßnahmen, die von der Gemeindeverwaltung ergriffen werden.

Zum Beispiel eine dauernde Besserung der nächtlichen Beleuchtung unserer Straßen, denn je besser die Sicht, umso geringer die Unfallgefahren. Bei der Straßenbahn werden immer mehr Wagen mit automatisch schließenden Türen in Dienst gestellt, die früher alltäglichen Unfälle beim Auf- und Abspringen haben fast zur Gänze aufgehört. Die signalgeregelten Kreuzungen, an die sich die Wiener sehr rasch gewöhnt haben, ermöglichen auch einen besseren Schutz der Fußgänger und tragen zu einer größeren Ordnung im Verkehr bei.

Eine besondere Wirksamkeit erhoffen wir uns von der Verkehrserziehung unserer Kinder, die es rechtzeitig lernen müssen, sich im Großstadtverkehr richtig zu verhalten, um sich und die anderen Verkehrsteilnehmer nicht zu gefährden. Die Verkehrsseminare für die Wiener Lehrerschaft, die vom Stadtschulrat gemeinsam mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit veranstaltet werden, geben tausenden Lehrpersonen ausreichende Informationen, damit sie die Kinder mit den Notwendigkeiten der Verkehrssicherheit vertraut machen.

Natürlich taucht immer wieder der Wunsch auf, für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und für die Sicherheit des Menschen noch wirkungsvollere Gesetze zu schaffen. Soweit das möglich ist, wird es zweifellos geschehen. Aber ich muß immer wieder daran erinnern, daß das beste Gesetz allein nichts wert ist, wenn nicht die Menschen bereit sind, vernünftig zu bleiben und auf den Mitmenschen Rücksicht zu nehmen. Am richtigsten ist wohl der Appell, der da sagt: Seien Sie vorsichtig und rücksichtsvoll im Verkehr! Das Leben, das Sie damit retten, könnte Ihr eigenes sein!

Meine heutige Sendung ist die letzte vor den Weihnachtsfeiertagen. Ich benütze deshalb diesen Anlaß, um Ihnen und allen Wienern recht frohe Weihnachten und einige angenehme und besinnliche Feiertage im Kreise Ihrer Familie zu wünschen. Die Freude und das Glück, das Weihnachtsfest mit Ihren Lieben verbringen zu können, möge Sie für manche trübe Stunde des abgelaufenen Jahres entschädigen. Meine besonderen Weihnachtsgrüße gelten den Patienten in den Spitälern und Heimen, denen ich viel Freude und baldige Gesundheit wünsche."

Die Budgetberatungen im Rathaus:Geschäftsgruppe VIII - Öffentliche Einrichtungen
=====

17. Dezember (RK) Am heutigen achten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, behandelt. Der Referent, Stadtrat Koci, (SPÖ) führte aus:

"Der Voranschlag für die Öffentlichen Einrichtungen zeigt für das Jahr 1963 wieder deutlich, wieviel aus den allgemein aufgebrachtten Steuergeldern allen jenen Abteilungen zugewendet werden müssen, die für die Gesundheit unserer Stadt von eminenter Bedeutung sind. Es sind dies die als Betrieb organisierten sowie betriebsmäßig geführten Abteilungen Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, städtische Wäschereien und Stadtreinigung mit Fuhrpark. Es werden erwartet Einnahmen in der Höhe von 339,5 Millionen Schilling und Ausgaben in Höhe von 779,1 Millionen Schilling. Das heißt: im kommenden Jahr wird der Gebarungsabgang der Geschäftsgruppe VIII 439,5 Millionen Schilling betragen, um 56 Millionen S oder 15 Prozent mehr als 1962.

Keine Selbstkostenrechnung / Betriebsabgänge

Dieser Gebarungsabgang setzt sich aus den Budgetabgängen aller Abteilungen zusammen, weil fast keine einzige Abteilung Gebühren oder Entgelte auf der Basis der Selbstkostenerrechnung vereinnahmt, sondern im Gegenteil. Alle diese Betriebsabteilungen,

./.

die ihre Einnahmen durch Gebühren auf Grund eines Gesetzes oder durch Entgelte gemäß eines Beschlusses des Wiener Gemeinderates tätigen, weisen sogar in ihrer laufenden Betriebsgebarung Abgänge auf.

Rund 242 Millionen Schilling sind für Investitionen, also für bauliche Herstellungen und Inventaranschaffungen bereitgestellt. Das sind um 13.5 Prozent mehr gegenüber 1962.

77,7 Millionen für neue Kanäle

Die für die Arbeiten der Kanalabteilung erstellten Gebühren decken aber bei weitem nicht die laufenden Betriebsausgaben. Der Sachaufwand, vor allem die Erhaltung der baulichen Anlagen, die notwendigen Kanalinstandsetzungen sowie die erforderlichen Kanalumbauten verschlingen jährlich viele Millionen. Im nächsten Jahr werden für die laufenden Erhaltungsarbeiten am Kanalnetz, für den Umbau schadhafter Ziegel- bzw. Betonkanäle in den inneren Bezirken, für die Auswechslung unzulänglicher Kanäle in den Außenbezirken sowie für größere Kanalinstandsetzungen 15,4 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Besonders erwähnen möchte ich den Umbau des Donaufelder-Sammelkanales. Dieser um die Jahrhundertwende hergestellte Sammelkanal zeigt in steigendem Maße Verfallserscheinungen und entspricht auch hinsichtlich seiner Leistung nicht mehr den heutigen Anforderungen.

Es wurde 1956 mit dem Umbau begonnen und im nächsten Jahr sollen diese Arbeiten fortgesetzt werden. Insgesamt müssen 7.5 Kilometer umgebaut werden, teils unter schwierigen Bedingungen. Bis jetzt konnten 3.200 Meter umgebaut werden und dafür allein waren 16,1 Millionen Schilling notwendig.

Die vielen und teils berechtigten Wünsche der Bevölkerung jener Gebiete und Bezirksteile von Wien, die nicht oder noch immer nicht an das Kanalnetz angeschlossen sind, kenne ich und kann dazu nur sagen, ich bin bemüht, soweit es geht, je nach Dringlichkeit und technischer Möglichkeit, aber insbesondere je nach Bereitstellung und Vorhandensein der erforderlichen Budgetmittel diesen Wünschen Rechnung zu tragen.

Für 1963 sind für neue Kanalisierungsprojekte 31,4 Millionen Schilling vorgesehen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich dem Gemeinderat mitteilen, daß am 6. Dezember der Bürgermeister beim Kaiser-Ebersdorfer-Sammelkanal den Schlußstein gelegt hat.

Für diesen Bezirksteil Kaiser-Ebersdorf und die Simmeringer Heide ist dies ein schon lang gehegter Wunsch schon aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Erst 1957 konnte dieses Projekt wieder aufgegriffen und die erste größere Baurate dafür eingesetzt werden.

Der neue Kaiser-Ebersdorfer-Sammelkanal umfaßt in seiner Gesamtheit rund 6.2 Kilometer, die Gesamtkosten - ohne jenen Teil, der zwischen 1916 und 1919 errichtet wurde - betragen fast 18 Millionen Schilling.

90 Groschen für 1.000 Liter gutes Wasser

Alljährlich werden nicht unbeträchtliche Mittel für die Wasserversorgung Wiens bereitgestellt.

Im kommenden Jahr 294,9 Millionen Schilling, und zwar für den Personalaufwand 48,594.400 Schilling, für die Erhaltung 148,834.300 Schilling und für Investitionen 82,505.000 Schilling.

Diesen Aufwendungen werden 150,1 Millionen Schilling an Einnahmen gegenüber stehen, in erster Linie Einnahmen von Wassergebühren in der Höhe von 113,5 Millionen Schilling.

Nach dem Wasserversorgungsgesetz aus dem Jahre 1960 und der Wassergebührenordnung vom 1. Juli 1960 hebt der Wiener Magistrat für 1.000 Liter Wasser eine Gebühr von 90 Groschen bzw. 70 Groschen ein.

Die außergewöhnliche und lang andauernde Trockenheit im Sommer sowie im Herbst dieses Jahres zwang die Gemeindeverwaltung, am 5. September Wassersparmaßnahmen zu erlassen.

Bis dahin war nämlich der Tagesverbrauch im allgemeinen höher als die Zuflüsse. Außer Samstag und Sonntag, wenn Industrie und Gewerbe fast kein Wasser verbrauchten, mußten täglich 30 bis 40 Millionen Liter aus dem 600 Millionen Liter fassenden Großbehälter in Neusiedl und den insgesamt 500 Millionen Liter fassenden Wiener Wasserbehältern zusätzlich entnommen werden.

Volle Behälter - doch wenig Zufluß

Die Bedeutung unseres Behälters in Neusiedl versteht man erst richtig, so lange man Wasser von ihm entnehmen kann. In den letzten Oktobertagen wurde es aber sehr kritisch, weil der Wasserstand im Behälter nur mehr wenig über einem Meter betragen hatte, also nur etwas über 60.000 Kubikmeter. Nur langsam, fast zentimeterweise, stieg das Wasser im Behälter im Laufe des Monats November.

Inzwischen wurden die Wassersparmaßnahmen wieder aufgehoben. Die Behälter sind fast voll, jedoch die Quellschüttung geht - jahreszeitlich bedingt - zurück. Ebenso sinkt auch der Grundwasserspiegel ständig, wie auch der Pegelstand der Donau in den letzten Tagen bis auf 96 cm gesunken ist. Wir hoffen in der nächsten Zeit das Auslangen zu finden.

Trotzdem ersuche ich die Wiener Bevölkerung, jeden unnützen Wasserverbrauch auch jetzt noch zu vermeiden. Für die bisher bewiesene Disziplin danke ich und bitte gleichzeitig auch weiterhin bei diesem einsichtsvollen Verhalten zu bleiben.

Ich weiß, solche Einschränkungen des Wasserverbrauches empfindet ein jeder als unangenehm, besonders dann, wenn sie zu einer Zeit erlassen werden müssen, in der am meisten Wasser benötigt wird. Sie wirken aber oft unverständlich, in einer Zeit, wie zum Beispiel in den vergangenen Tagen, an denen Tieftemperaturen und Frost herrschten.

Bei dieser Gelegenheit einige sehr interessante Zahlen über den Wasserverbrauch unserer Stadt:

Die Wiener verbrauchten bis Ende Oktober dieses Jahres 136,259.380 Kubikmeter Wasser, das sind um 6 Millionen Kubikmeter mehr als 1961.

Pro Tag umgerechnet sind dies durchschnittlich 447.000 Kubikmeter, gegenüber 429.000 Kubikmeter im Jahre 1961, das ist eine neuerliche Steigerung um 4.2 Prozent.

Die täglich verbrauchte Wassermenge pro Einwohner unserer Stadt gemessen zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres stieg von 276 auf 289 Liter.

Der Tageshöchstverbrauch wurde heuer am 14. August gemessen mit 366 Liter pro Einwohner.

Hiezu möchte ich noch erwähnen, daß bereits seit April dieses Jahres Höchstspitzen von über 300 Liter Wasserverbrauch gemessen wurden und das bis einschließlich Oktober, also sieben Monate im laufenden Jahr.

Diese Verbrauchsziffern zeigen deutlich, welche Anstrengungen getan werden müssen, um der Bevölkerung unserer Stadt jene Wassermenge zu geben, die für ein normales und gesundes Leben gebraucht werden.

Daß die Wasserwerke alles in ihrer Macht stehende getan haben, brauche ich nicht besonders zu erwähnen, doch muß ich immer wieder betonen: die ständig steigenden Ansprüche an die Wasserversorgung stellt die Verwaltung vor eine doppelte Aufgabe, zunächst die, dem steigenden Bedarf entsprechende zusätzliche Wassermengen rechtzeitig zu beschaffen, dann aber, diese Wassermengen auch dem Verbraucher zuzuführen.

Bisher ist es gelungen, von vereinzelt und durch besondere Umstände bedingten Ausnahmefällen abgesehen, die Versorgung ungestört aufrecht zu erhalten, als Folge einer Reihe von bedeutenden wasserwirtschaftlichen und baulichen Leistungen, entgegen verschiedener Meinungen und Kritiken, die behaupten, es geschähe nichts oder zu wenig.

Die rasche Steigerung des Wasserbedarfes im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau und der erhöhten Bautätigkeit überhaupt, wurde schon bald nach dem Kriege erkannt. Deshalb wurde bereits 1947 die Studienkommission für die Wasserversorgung Wiens gegründet, welche die Aufgabe hat - auch jetzt noch - alle Möglichkeiten zu erforschen, um die voraussichtlich benötigten gewaltigen Wassermengen für Wien ausfindig zu machen und die wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für ihre Nutzung zu schaffen.

Neben vielen Erfolgen - wie zum Beispiel der Wasserverbundwirtschaft - folgte die Errichtung des Großbehälters in Neusiedl und in weiterer Folge die Vergrößerung der Förderleistung des Grundwasserwerkes Nußdorf.

Ohne das Zusammenwirken dieser beiden Anlagen hätte der Bedarf bereits seit 1960 nicht mehr zur Gänze gedeckt werden können und die außergewöhnliche Trockenheit bis in die letzte Zeit wäre nur schwer überbrückt worden.

Vorarbeiten für die dritte Wasserleitung

Obwohl die Vorarbeiten für die 3. Wasserleitung unter Aufwendung erheblicher technischer und finanzieller Mittel mit Nachdruck betrieben wurden, ist noch eine beträchtliche Zeitspanne erforderlich, bis auf Grund mehrjähriger Beobachtungsreihen an den offenen Gerinnen und im Grundwasserwerk selbst mit genügender Sicherheit ein Urteil über die Dauerergiebigkeit, über die zulässige Entnahmemenge und über die Auswirkungen der geplanten Entnahme auf dem gesamten Wasserhaushalt des südlichen Wiener Beckens gefällt werden kann. Man muß sich dessen bewußt sein, daß sich die Wasservorkommen nicht in Wien, sondern in einem anderen Bundesland befinden und dieser Umstand soll natürlich bei der Kritik auch berücksichtigt werden, da gerade diese Verhandlungen äußerst schwierig sind.

Trotz allem wurden im Entnahmegebiet für die 3. Wiener Wasserleitung alle Bauwerke sowie die Pumpstationen über den Brunnen und deren Inneninstallation so weit fertiggestellt, daß im Jahre 1963 mit dem von der obersten Wasserrechtsbehörde vorgeschriebenen Pumpversuch, der mindestens acht Monate dauern soll, begonnen werden kann.

Zur Ableitung des gepumpten Wassers von zirka 1.200 Sekundenliter, das sind über 100 Millionen Liter täglich, in den "Kalten Gang" mußten Ableitungsrohrstränge von 4.5 Kilometer verlegt werden. Das ausgedehnte Sondennetz, das während des Pumpversuches alle Änderungen im Grundwasser und der Wasserführung in den Flüssen anzeigt, wurde fertiggestellt.

Die Fortsetzung der Vorarbeiten hierfür sowie der Großpumpversuch selbst sind für 1963 in Aussicht genommen und dafür vier Millionen Schilling vorgesehen.

Bald Dauerpumpversuch in der Lobau

Die Arbeiten an der Erschließung des Grundwasservorkommens in der Lobau sind soweit gediehen, daß demnächst ebenfalls mit

dem Dauerpumpversuch begonnen werden kann, nach dessen Ergebnis die Dimensionierung der Anlagen im Endausbau und die Höhe des Entnahmekonsenses bestimmt werden können. Es wurden die Pumpstationen über den Brunnen fertiggestellt und ebenso die Inneninstallation sowie die elektrische Einrichtung. Für 1963 ist die Fortsetzung der Aufschließungsarbeiten geplant sowie die Durchführung des Großpumpversuches wie für die 3. Wasserleitung und das wasserrechtliche Prüfverfahren. Aber entscheidend ist die Feststellung durch die Wasserrechtsbehörde, in welchem Ausmaß Wasser von diesem Grundwasservorkommen entnommen werden kann, denn danach müssen die Rohrleitungen dimensioniert werden.

Es müssen viele Kilometer - rund 24 Kilometer - großkalibriger Transportrohrleitungen gelegt und einige Hebewerke gebaut werden, nicht nur von der Lobau bis zum Anschluß an das bestehende Rohrnetz, sondern auch in anderen Stadtteilen, weil das bestehende 60 bis 90 Jahre alte Hauptverteilungsnetz schon jetzt überlastet ist und zusätzliche Wassermengen nicht mehr befördern kann.

Daneben besteht auch noch die wichtige Aufgabe, zu jenen vorwiegend im hügeligen Westen gelegenen Bezirksteilen, welche unter zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten zu leiden haben, neue Zubringerleitungen zu legen und dort, wo die fortschreitende Verbauung die Gravitationsgrenze überschreitet, zusätzliche Hebewerke und Hochbehälter zu errichten. Vorläufig sind 25 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Aber selbst, wenn die erforderlichen Geldbeträge bereitgestellt werden können, errechnen die Fachleute als kürzeste Bauzeit der gesamten Anlagen zweieinhalb Jahre.

In einem Jahr 37 Kilometer neue Wasserrohre

Der sehr viele Mittel verschlingenden Aufgabe, nämlich Wasser dem Verbraucher zuzuführen, ist man im heurigen Jahr nachgekommen: Es wurden insgesamt 36.800 Meter, also fast 37 Kilometer Rohrstränge ausgewechselt oder neu verlegt mit einem Kostenaufwand von rund 40 Millionen Schilling.

Im nächsten Jahr stehen auf dem Bauprogramm: Rohrverlegungen in der Großfeldsiedlung, Rohrlegungen am Flötzersteig-Hüttel-

bergstraße, Operngasse und Getreidemarkt, Rohrlegungen am Matzleinsdorfer Platz, Grünbergstraße-Winckelmannstraße usw. sowie ein weiterer Ausbau des Rohrnetzes mit insgesamt 30 Millionen Schilling.

Außer den genannten Rohrlegungen stehen noch auf dem Investitionsprogramm: Eine teilweise Erneuerung der Feinfilter im Wientalwasserwerk und die Instandsetzung der Wehranlagen und Uferschutzbauten; zur Bekämpfung von Druckmangelerscheinungen höher gelegener Stadtteile die Errichtung von lokalen Drucksteigerungsanlagen und leistungsfähigen Zubringerleitungen, wie zum Beispiel am Wolfersberg und Georgenberg: der Anschluß von Siedlungsgebieten an die öffentliche Wasserversorgung und die Sanierung der im Jahre 1960 vom Wasserleitungsverband der Südbahn- und Triestingtal-Gemeinden übernommenen Leitungsnetze im 23. Bezirk, Erweiterung derselben, vor allem im Hinblick auf die in Bebauung befindlichen Industriegebiete.

Die laufenden Erhaltungsarbeiten an den Versorgungsanlagen der Wasserwerke erfordern im nächsten Jahr fast 58 Millionen Schilling.

Kritik an den niedrigen Bäderpreisen

Bei den städtischen Bädern darf ich wiederholen, was ich schon im Vorjahr gesagt habe, daß sowohl das Kontrollamt als auch der Rechnungshof Kritik darüber geführt haben, weil die Verwaltung gegen das weitere Ansteigen des Betriebsabganges nichts unternimmt. Wörtlich wurde festgestellt: "Man verkenne durchaus nicht, daß die Gemeinde Wien mit dem Betrieb von Bädern eine Aufgabe im Dienste des Gemeindewohles erfüllt, glaube aber, daß die Kosten in erster Linie jenen aufzuerlegen wären, welche die Bäder in Anspruch nehmen. Man tritt daher für eine - wenn auch maßvolle - Nachziehung der seit einem Jahrzehnt unverändert gebliebenen Bäderpreise ein."

Daß der Betriebsabgang der städtischen Bäder immer weiter steigt zeigt folgende Darstellung: Bis 1959 mußten rund 50 Prozent der Betriebskosten aus allgemeinen Steuergeldern getragen werden.

Im Jahre 1960 übersteigt erstmals der Betriebsaufwand die Betriebseinnahmen um mehr als 50 Prozent, 1961 um 54 Prozent, heuer um 56 Prozent und ist im Voranschlagsentwurf für 1963 mit 26 Millionen Schilling präliminiert, das heißt: im Jahre 1963 müssen bereits 57 Prozent der Betriebskosten aus allgemeinen Steuergeldern getragen werden. ./.

Bis Oktober besuchten 3,952.059 Personen die städtischen Warmbäder gegenüber 4,194.121 im Jahre 1961, also um 242.062 Personen weniger.

Den Großteil des Besucherrückganges verzeichnen die Brausebäder, trotz der Billigkeit (2. Klasse - 1 Schilling, 1. Klasse 2,50 Schilling). Heuer hatten auch erstmalig die Brausebäder 1. Klasse einen Rückgang von 60.604 Badenden. Die Brausebäder 2. Klasse hatten 185.181 weniger Badegäste als im Vorjahr.

Es werden also viel lieber die teureren Bäder aufgesucht, wie Wannen- und Dampfbäder, die schon seit Jahren eine steigende Frequenz aufweisen.

Ich glaube es findet seine Begründung darin, daß die Bevölkerung einen besseren Lebensstandard erreicht hat und dadurch in der Lage ist, von den einfachen Brausebad auf die besseren Badeeinrichtungen überzugehen.

Die Sommerbäder hatten heuer keine gute Saison, obwohl das Badewetter nicht allzu schlecht gewesen ist. Aber es gab nur sehr wenige schöne Badetage an den Wochenenden.

1,451.176 Badegäste zählten die Sommerbäder, um 30.543 Besucher weniger gegenüber der Sommerbadesaison 1961.

Bei den Kinderfreibädern waren mit 585.533 kleinen Badegästen sogar um 123.720 weniger.

Bei der Gelegenheit möchte ich über den Wunsch sprechen, zumindest ein Sommerbad über die Saison hinaus offen zu halten, vorausgesetzt, daß dies mit dem Personal möglich ist und vor allem die Wetterlage das Offenhalten rechtfertigt. Es wurde heuer dieser Versuch unternommen, und zwar wurde das Strandbad "Alte Donau" sowie das Sommerbad "Theresienbad" bis Ende September offengehalten.

Das Ergebnis war kein günstiges: Insgesamt zählte man in der Zeit vom 16. bis 30. September - also um zwei Wochen länger - 783 Badegäste in 14 Tagen, oder 56 täglich in zwei Bädern.

Es war dies der erste Versuch und wir werden sehen, wie das Badewetter und damit der Besuch im nächsten Jahr aussehen wird.

Versuche, in den Kinderfreibädern statt am Montag am Samstag nachmittag den Betrieb zu führen, ergab nur ein

Zehntel des Besuches vom Montag. Die Eltern der Kinder haben jetzt durch die Fünftagewoche die Möglichkeit, selbst mit den Kindern Ausflüge zu machen oder die Sommerbäder zu besuchen.

Mit dem Bau des Floridsdorfer Warmbades mit Schwimmhalle in Wien 21, Franklinstraße, hoffen wir nach Freimachung der Gründe im Frühjahr beginnen zu können. Es sind 10 Millionen S. als l. Baurate vorgesehen.

Warmbad Ottakring

Im Sommerbad "Ottakring" werden die sanitären Anlagen sowie Brauseanlagen und die Filteranlage neu gebaut. Ebenso werden Vorarbeiten für den Anschluß an die Fernheizung der Müllverbrennungsanlage durchgeführt, um das Beckenwasser und die Brausen mit Warmwasser versorgen zu können. Dadurch wird die Möglichkeit gegeben sein, auch bei kühlerem Wetter das Bad zu besuchen, den Badesaisonbeginn vorzuverlegen, wie auch den Saisonschluß je nach Witterung zu verschieben.

Im Strandbad "Gänsehäufel" werden die Baggerungsarbeiten und die Wasserpflanzenrodung fortgesetzt. Größere Beträge werden auch für die Gartengestaltung und für die Besämung der Wiesen bereitgestellt.

Die neugebauten und noch zu erbauenden Kinderfreibäder werden nach den günstigen Erfahrungen der letzten Jahre mit zwei Becken ausgestattet, einem Planschbecken und einem kleinen Schwimmbecken. Die in Holz ausgeführten Kinderfreibäder, die vor Jahrzehnten erbaut worden sind und nun schon durch Neubauten ersetzt werden müssen, entstehen in Massivbauweise und werden dadurch eine längere Zeit als die Holzbauten dem Betrieb zur Verfügung stehen.

Bereits 33 Kinderfreibäder

So soll auch das Kinderfreibad in der Reingasse im 14. Bezirk erstehen und auch das 33. Kinderfreibad im 15. Bezirk, in der Loeschenkohlasse. Ich hoffe, daß all diese Investitionen, die zur Freude und Erholung vieler Wiener dienen, nützlich angelegt sind. Wien setzt damit fort, was es sich vorgenommen hat: die Bäderstadt zu bleiben!

Die städtische Zentralwäscherei ist der einzige Betrieb der öffentlichen Einrichtungen, der eine ausgeglichene Gebarung zeigt. Die Waschpreise werden entsprechend der Betriebsverhältnisse unter besonderer Rücksichtnahme auf eine sparsame und wirtschaftliche Gebarung erstellt.

Die Notwendigkeit dieses Betriebes geht aus der Tatsache hervor, daß die Anforderungen, die an denselben gestellt werden, immer größer werden. War der Wäscheanfall von einem Großteil der städtischen Spitäler, Wohlfahrtsanstalten, Kindergärten, Ämter, Betriebe usw. im Jahre 1955 monatlich zirka 420.000 Kilogramm, so betrug er im Jahre 1961 bereits über 500.000 Kilogramm.

Eine neue Zentralwäscherei

Bis Ende Oktober dieses Jahres wurden nicht weniger als 5,208.145 Kilogramm Wäsche gewaschen, gegenüber 5,042.000 Kilogramm bis zum gleichen Zeitpunkt im vergangenen Jahr. Die monatliche Waschleistung ist von 504.000 Kilogramm im Jahre 1961 auf 520.000 Kilogramm gestiegen, und dies in einem Betrieb, der überaltet ist und ständiger baulicher und maschineller Investitionen bedarf.

Es war also selbstverständlich, daß die Gemeindeverwaltung das Projekt aufgriff, im Anschluß an die Müllverbrennungsanlage eine neue Großwäscherei zu errichten, die auf wirtschaftliche Weise mit den nötigen Dampf- und Wärmemengen von der Müllverbrennungsanlage versorgt werden kann.

Der Gemeinderat hat am 20. Juli dieses Jahres grundsätzlich seine Zustimmung für die Errichtung dieser Anlage gegeben. Der Bau dieser zweiten Zentralwäscherei, deren monatliches Leistungsvolumen mit rund 350.000 bis 400.000 Kilogramm Reinwäsche zu veranschlagen ist, wird die städtische Zentralwäscherei in der Schwenkgasse stärkstens entlasten und dadurch die betriebliche Sicherheit für eine klaglose Wäschereinigung gewährleisten. Außerdem wird es dadurch möglich werden, den Zweischichtenbetrieb in der jetzigen Zentralwäscherei aufzulassen und auf einen Einschichtbetrieb überzugehen. Ebenso werden im großen gesehen auch die Arbeitsbedingungen für das Personal verbessert werden können.

Es ist zu hoffen, daß tatsächlich im nächsten Jahr alle Projekts- und Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen werden, so daß mit dem Bau begonnen werden kann, nachdem die Müllverbrennungsanlage im Frühjahr 1963 bereits den Probetrieb aufnehmen soll.

Es sind jedenfalls als erste Baurate für die Errichtung dieser neuen Wäscherei 5 Millionen Schilling vorgesehen.

Ich möchte vielleicht zu den Investitionen dieser Abteilungen noch ergänzend bemerken, daß die jetzt noch für die alte Zentralwäscherei dringend notwendig anzuschaffenden Maschinen in der neuen Wäscherei ihre Verwendung finden können, sodaß man auch bei diesen Investitionen von keinem verlorenen Aufwand sprechen kann.

Drückender Personalmangel bei Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Magistratsabteilung 48, Stadtreinigung und Fuhrpark, ist nicht nur personalmäßig eine der größten Abteilungen der Geschäftsgruppe VIII, sondern auch hinsichtlich ihrer Aufgaben: es müssen rund über 20 Millionen Quadratmeter Verkehrsflächen oder etwa 1.900 Kilometer Fahrbahnlängen Sommer und Winter gereinigt werden. Es müssen rund 240.000 Müllgefäße entleert werden, das sind zirka 14 Millionen Entleerungen im Jahr. Es müssen zirka 560 Lastkraftwagen, Straßenreinigungsmaschinen sowie Sonderfahrzeuge aller Art laufend für den Einsatz instandgehalten werden.

Ich muß dies deshalb anführen, weil ich an die Spitze meiner Erläuterungen zu diesem Betrielt, die Personalschwierigkeiten stellen muß. Schwierigkeiten insoferne, weil sich in fast allen Dienstzweigen der Magistratsabteilung 48 ein drückender Personal-mangel zeigt.

Der seit einigen Jahren immer stärker zu Tage tretende Mangel an Arbeitskräften hat sich noch weiter verstärkt. Dadurch wurden besonders die Arbeiten der Stadtreinigung sehr erschwert.

Gerade bei der Straßenreinigung zeigt sich dies, weil nicht alle Arbeiten, vorwiegend im Winter, klaglos durchgeführt werden können.

Dem kommenden Wintereinsatz sieht daher die Magistratsabteilung 48 mit einiger Besorgnis entgegen, wenn auch alles unternommen werden wird, um den Anforderungen weitgehend gerecht zu werden.

Erstmalig wurden heuer für die Straßenreinigung auch private Arbeitskräfte eingesetzt, welche eine betriebsfremde Firma zur Verfügung stellte. In den letzten Monaten waren täglich durchschnittlich 18 private Arbeiter im Einsatz.

Niemand will den Mist wegräumen

Bei der Haukehrichtabfuhr zeigt sich das Absinken des Personalstandes wohl nicht im gleichen Maße wie bei der Straßenpflege, doch stiegen hier wieder die Anforderungen infolge des weiterhin wachsenden Müllanfalles. Durch organisatorische Maßnahmen und durch eine außerordentlich hohe Anzahl von Überstunden war es möglich, die Müllabfuhr ordnungsgemäß durchzuführen und alle an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen.

Weiter wurden hier in gleicher Weise, wie es bereits im Vorjahr der Fall gewesen war, betriebsfremde Arbeitskräfte verwendet. Im Durchschnitt waren täglich 48 private Arbeitskräfte bei der Hauskehrichtabfuhr in Verwendung.

Der im Budget genehmigte Personalstand von 2.600 Dauerbeschäftigten konnte im Laufe des Jahres nicht erreicht werden, da die Neuaufnahmen nicht ausreichend waren, um wenigstens den Ausfall durch Tod oder Pensionierungen zu decken.

Es ist ein Personalunterstand bis Ende November von 203 Personen eingetreten. Er wird sich bis Ende Dezember leider noch erhöhen.

Die Magistratsabteilung 48 sieht im Hinblick auf die ständig sich verringernde Anzahl von Arbeitskräften der Zukunft mit großer Besorgnis entgegen, wie die Aufgaben der Stadtreinigung in zufriedenstellender Weise bewältigt werden können. Dabei wird das Arbeitsgebiet ständig größer durch die Vermehrung der Verkehrsflächen, die betreut werden müssen einerseits und durch

die immer mehr anwachsenden Müllmengen, die abgeführt werden müssen.

Wenn auch manches durch organisatorische Maßnahmen und durch den Einsatz technischer Mittel erleichtert werden kann, so bleibt doch ein großes Teilgebiet gerade bei der Straßenreinigung der "händischen" Arbeit vorbehalten. Die verparkten Gehsteigränder zum Beispiel machen den Einsatz von Maschinen nahezu unmöglich. Hier geeignete Lösungen zu finden wird es großer Anstrengungen bedürfen, um die gestellten Aufgaben erfüllen zu können.

1.900 Kilometer Straßen müssen betreut werden

Schon zu Beginn meiner Ausführungen zur Magistratsabteilung 48 habe ich berichtet, daß über 20 Millionen Quadratmeter Verkehrsflächen oder 1.900 Kilometer Fahrbahnlängen betreut werden müssen, und zwar das ganze Jahr hindurch.

Für die maschinelle Reinigung der Fahrbahnen stehen unverändert 16 moderne, selbstaufnehmende Kehrmaschinen der Type "Faun" und "Schörling" zur Verfügung. Drei Kleingeräte der Type "Faun" sind in den engen Verkehrsstraßen der Innenbezirke eingesetzt.

Zur Reinigung der Fahrbahnen mit fugenlosem Belag bedeutet die Verwendung von fünf Waschmaschinen und 17 Waschbüffeln, (das sind Jenbacher Dieselkarren mit Straßenwascheinrichtungen) eine gewisse Erleichterung. Diese Jenbacher Dieselkarren werden im Winter auch als Streu- und Pflugeräte verwendet.

Den Wünschen einzelner Bezirksvorsteher nach Intensivierung der maschinellen Reinigung muß immer wieder entgegengehalten werden, daß eine solche wegen der immer dichter werdenden Verparkung der Fahrbahnen nahezu unmöglich ist und selbst der meist nur in händischer Arbeit möglichen Reinigung große Schwierigkeiten entgegenstehen.

Die Straßen im Winter:

Das Straßennetz Wiens wurde je nach der Verkehrsbedeutung der einzelnen Straßenzüge in Dringlichkeitsstufen eingeteilt. Es ergeben sich daraus über 200 vordringliche Räumstrecken.

Hier möchte ich ergänzend bemerken, daß jene Straßenzüge der Straßenbahnlinien, die jetzt durch Autobusse ersetzt werden - es sind dies die Straßenzüge der Linien 13, 40, 61, 63, 158 und 165 - im Winter nicht nur vordringlichst, sondern außerdem noch bevorzugt durch die Magistratsabteilung 48 betreut werden müssen, weil sie als Hauptverkehrswege dienen, was aber natürlich wegen des Personalmangels auf große Schwierigkeiten stößt. Die Probleme hinsichtlich des Personals sind aber für die Verkehrsbetriebe dieselben und zur Zeit wie bei der Magistratsabteilung 48 fast unüberwindbar.

Für den Räumungseinsatz im Winter stehen insgesamt 214 Schneepflüge zur Verfügung, hievon 149 auf städtischen Fahrzeugen und 65 auf Fahrzeugen privater Lastfuhrwerker. Die Pflüge sind durchwegs neuester Produktion. Zahlreiche ältere Pflüge wurden heuer ausgeschieden und durch moderne Pflugtypen ersetzt.

Für die Glatteisbekämpfung sind zum Bestreuen der Fußgeherübergänge die sogenannten Sanddächer oder Sandkisten an den verkehrswichtigen Punkten in den Straßen Wiens aufgestellt worden. Insgesamt gibt es 1.424 Stück.

Für Kreuzungen größeren Umfanges werden für Streuzwecke auch Dieselkarren eingesetzt, die mit einem entsprechenden Aufbau versehen, das Verteilen des Streugutes über einen elektrisch angetriebenen Streuteller besorgen.

Insgesamt stehen für diese Zwecke 16 derartige Fahrzeuge zur Verfügung.

Für die Glatteisbekämpfung auf Verkehrsflächen wird ein Großteil der Lastkraftwagen verwendet, die auch der Schneeräumung dienen, wobei gegebenenfalls die Pflüge abmontiert sind. Die Verteilung des Streugutes erfolgt auch hier durchwegs über Streuteller, die von einem Elektromotor angetrieben werden. Insgesamt sind für den Wintereinsatz an Streugeräten neben den erwähnten 16 Jenbacher Dieselkarren 66 Lastautos mit elektrischem Streuteller, ferner 13 Anhängerstreuer und 7 Großraumstreuer bereitgestellt.

An Streumaterial wurden für die kommende Winterperiode 20.000 Kubikmeter Streuriesel und 3.000 Tonnen Salz bereitgestellt.

Um auch zur Nachtzeit im Alarmfall bei Auftreten von Glatt-
eis oder bei Einsetzen von Schneefällen Personal für die Be-
setzung der Fahrzeuge für die wichtigsten Streu- oder Schnee-
räumrouten zur Verfügung zu haben, wird auch heuer wieder in
den drei Großgaragen des städtischen Fuhrparkes ein Bereitschafts-
dienst eingerichtet.

Höhere Schneearbeiter-Löhne

Um einen größeren Anreiz für Meldungen zu Schneeräum-
arbeiten zu geben, wurden die Stundenlöhne für Schneearbeiter
erhöht, und zwar für Arbeitskräfte bei Tag auf zehn Schilling
(früher acht) und für Arbeitskräfte bei Nacht auf zwölf Schil-
ling (früher neun).

Bei der Gelegenheit möchte ich auf eine Zeitungsmeldung
zurückkommen, die aufzeigte, daß die von den Verkehrsbetrieben
aufgenommener Schneearbeiter um einen Schilling pro Stunde mehr
bekommen als jene der Magistratsabteilung 49.

Es wird die Frage gestellt, ob die Schaufel bei den Ver-
kehrsbetrieben schwerer ist. Ich nehme an, daß dies ein Scherz
war. Es ist aber nicht eine bisherige Gepflogenheit, sondern die
Vordringlichkeit der Freimachung der Gleiszonen erfordert eine
bevorzugte Schneeräumung. Es werden daher, vor allem nachts,
zuerst Schneearbeiter bei den Verkehrsbetrieben aufgenommen.
Um also einen Anreiz zu geben, sich zuerst bei den Aufnahmestellen
der Verkehrsbetriebe zu melden, wurde schon immer der Stunden-
lohn bei den Verkehrsbetrieben um einen Schilling höher ange-
setzt.

Es ist ja nur selbstverständlich, daß für die Straßenbahn,
die schienengebunden ist, der Weg sobald als möglich freigemacht
wird. Sie ist und bleibt ja doch das Hauptverkehrsmittel für
die arbeitenden Menschen.

Zum Beladen der Fahrzeuge zur Schneeabfuhr sind auch eine
Reihe von maschinellen Einrichtungen und Geräten bereitgestellt,
das sind zwei Großlademaschinen, eine Anzahl Klein-Schneelade-

maschinen (Snow-Boy), Frontschaufeltraktoren und andere mehr. Auch mit Privatunternehmen wurden Verhandlungen bezüglich Bestellung entsprechender Geräte für die Schneeabfuhr geführt.

Trotz dieses Maschineneinsatzes möchte ich heute darauf hinweisen, daß im Winterdienst viele Arbeitsgebiete nur händisch betreut werden können: nämlich rund 86.000 Fußgeherübergänge, 178 Stiegenauf- und Abgänge, 25 Märkte mit einer Fläche von rund 65.000 Quadratmeter, 76 Brücken und insgesamt ca. 84.500 Meter Gehwege. Diese Arbeiten vollführen zur Zeit 948 Straßenarbeiter, von denen sind nur rund 600 voll einsatzfähig, der Rest besteht aus Leichtdienstlern, Kriegsinvaliden und sonstigen Invaliden.

Ich möchte hiezu noch sagen: die Schneeräumung in den Straßen Wiens wird infolge des ständig wachsenden Verkehrs immer schwieriger. Es ist nicht bloß der Fließverkehr, der die Arbeiten des Winterdienstes behindert, sondern vor allem die vielen parkenden Fahrzeuge erschweren eine wirkungsvolle Schneeräumung, ja sie machen sie vielfach unmöglich.

Lediglich das Schienenstraßenparkverbot, das leider erst ab 15. Dezember wieder durchgehend, also auch während der Nachtzeit, in Kraft getreten ist, gestattet wenigstens in diesen Straßen weitgehend eine Freimachung der Fahrbahn.

Die Stadt Wien wird mit ihren Maßnahmen gegen Schnee und Glatteis das Bestmögliche versuchen und unternehmen, um mit den auftretenden Schwierigkeiten fertig zu werden, doch sind ihr hierbei sowohl in technischer wie auch - wie schon erwähnt, - in personeller Hinsicht Grenzen gesetzt.

Aber auch der Kraftfahrer muß bedenken, daß die Auswirkung der Naturgewalten wie Schnee und Eis auf der Fahrbahn bestenfalls gemildert, nicht aber ganz beseitigt werden können.

Es müssen alle Verkehrsteilnehmer ihr Verhalten darauf einrichten, und durch Verständnis und Rücksichtnahme dazu beitragen, daß die winterlichen Erschwernisse im Straßenverkehr leichter bewältigt werden.

Auf dem Gebiete der Müllsammlung wurde die im Vorjahr bereits begonnene Umstellung der 90 Liter-Gefäße auf 110-Liter-Rundtonnen fortgesetzt. Die neue Gefäßart hat bekanntlich neben dem vergrößerten Inhalt für die Aufnahme des Mülls auch geräuschhemmende Einrichtungen, wie Gummiringe im Deckel und am Boden, um das Hantieren mit diesen Gefäßen geräuschloser zu gestalten.

Um das Einkippen der vollen Rundtonnen in die Müllsammelwagen zu erleichtern, sind sämtliche Müllwagen auf diesen Sammelstrecken mit hydraulischen Hebe- und Kippeinrichtungen ausgestattet. Damit sind für den Müllarbeiter wesentlich günstigere Bedingungen geschaffen.

Eine Viertelmillion Colonia-Kübel

Der Bevölkerung Wiens stehen für die Hauskehrichtabfuhr im Rahmen der städtischen Müllsammlung zur Zeit folgende Gefäße zur Verfügung: 188.300 Stück 90 Liter-Gefäße (die alten Colonia), 9.400 Stück 110 Liter-Rundtonnen und 48.400 Stück 35 Liter-Kleingefäße

Die Umorganisation der Müllabfuhr erfolgt auch weiterhin in dem Sinn, daß die Sammelintervalle verkürzt werden, um dem steigenden Müllanfall nicht mit einer Vermehrung der Gefäße begegnen zu müssen. Durch die Verkürzung der Abholzeiten wird aber gleichzeitig eine wesentliche sanitäre Verbesserung erzielt.

Im Sinne der arbeitsparenden Maßnahmen, die im Hinblick auf den drückenden Mangel an Arbeitskräften notwendig geworden sind, wurden auch die Standplätze für die Müllgefäße im Sinne einer Verkürzung der Zugangswege in zahlreichen Häusern verändert. Die Gemeindeverwaltung bittet hier um Verständnis bei der Bevölkerung.

Interessant für den Wiener Gemeinderat wird es sein, wenn ich mitteile, daß größere Schwierigkeiten bei bestimmten Teilen unserer Bevölkerung auftreten, weil wir nun im Begriffe sind, in ganz Wien die staubfreie Kehrlichtabfuhr auf Grund des Gesetzes einzuführen.

Leider nahmen in der Vergangenheit in besonderen Kleingarten- und Siedlungsgebieten vielfach die wilden Ablagerungen überhand. Um dies zu vermeiden, mußten auch jene Kleingarten- und Siedlungsgebiete, welche bis jetzt noch nicht an die staubfreie Müllabfuhr angeschlossen waren, in dieselbe einbezogen werden, für die natürlich die gesetzlich vorgeschriebene Gebühr entrichtet werden muß.

Daß es hier öfters Schwierigkeiten gibt, dürfte bekannt sein. Aber wenn sanitäre Übelstände beseitigt und behoben werden sollen, kann man leider nicht immer diesen Ausnahmewünschen auf gänzliche Befreiung von der gesetzlich vorgeschriebenen Gebühr Rechnung tragen.

In einem Jahr um 8 Prozent mehr Müll

Die Vermehrung der Gefäße durch Einbeziehung neuer Gebiete in die Müllabfuhr und die Umstellung auf kürzere Einsammlungsintervalle brachten es mit sich, daß die Sammelstrecken für die Entleerung der Gefäße vermehrt werden mußten. Die Gesamtzahl der Sammelstrecken beträgt nunmehr 116 und es stehen hierfür auch 116 Spezialmüllwagen zur Verfügung.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 14,8 Millionen Entleerungen durchgeführt. Damit wurden rund 990.000 Kubikmeter Müll (1961 - 910.000 Kubikmeter) auf die Ableerplätze abgeführt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von acht Prozent.

Im Frühjahr des nächsten Jahres wird voraussichtlich bei der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig mit der Probeheizung begonnen. Wir wollen hoffen, daß alles erwartungsgemäß funktioniert, sodaß wir im nächsten Jahr voll in Betrieb gehen können und in der darauffolgenden Winterperiode die Wärmeversorgung der Spitäler völlig von der Müllverbrennung gedeckt werden kann.

Die Stadt Wien wird mit der fertiggestellten Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig nicht nur eine der schönsten, sondern auch eine der modernsten Anlagen dieser Art besitzen. Schon gegenwärtig zeigt sich durch den Besuch zahlreicher Vertreter nicht nur aus dem europäischen Ausland, sondern auch aus Übersee, daß die Wiener Müllverbrennungsanlage großes Interesse in der Fachwelt findet.

Es ist aber auch schon im Voranschlag 1963 die erste Bau-
rate für die zweite Müllverbrennungsanlage mit 24 Millionen
Schilling vorgesehen.

Da die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig nur etwa 50 Prozent des in Wien anfallenden Mülls wird verarbeiten können, ist bereits diese zweite Müllverbrennungsanlage in Planung. Sie soll am Wasserleitungsplatz im 9. Bezirk errichtet werden und neben der Müllbeseitigung dazu dienen, das neue Allgemeine Krankenhaus mit Wärme zu versorgen. Der Wiener Gemeinderat hat mit Beschluß vom 22. Juni grundsätzlich seine Zustimmung hierzu gegeben und mit der Vorlage des endgültigen Projektes ist mit Beginn des Jahres 1963 zu rechnen.

Mit der Errichtung der beiden Müllverbrennungsanlagen löst die Stadt Wien in vorbildlicher Weise das Problem der Müllbeseitigung. Die Müllverbrennung hat sich nicht nur als die hygienisch einwandfreieste, sondern auch als die wirksamste Methode der Müllbeseitigung bewiesen, wobei die Stadt Wien durch die Verwertung der gewonnenen Wärme auch eine wirtschaftliche Lösung gefunden hat.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in dieser Woche

=====

17. Dezember (RK) In dieser Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Mittwoch, 19. Dezember:

16 Uhr, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2/I/43.

Freitag, 21. Dezember:

16 Uhr, Penzing, 13, Hietzinger Kai 1.

- - -

Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt für Endres und Knaus
=====

17. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas wird Mittwoch, den 19. Dezember, um 11.30 Uhr, im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses an Oberstudienrat Dr. Robert Endres und Univ.-Prof. Dr. Hermann Hubert Knaus die ihnen vom Wiener Gemeinderat verliehene Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold überreichen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, am Verleihungsakt teilzunehmen. Zugang: Lichtenfelsgasse, Feststiege I, Dunkle Kleidung!

- - -

Bürgermeister Jonas gratuliert Stadtrat a.D. Rohrhofer
=====

17. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat an Stadtrat a.D., Kommerzialrat Anton Rohrhofer, dem Obmann der Sektion Verkehr der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, zum 80. Geburtstag, den Rohrhofer am Donnerstag dieser Woche feiert, ein herzliches Glückwunschsreiben gerichtet. In diesem dankt der Bürgermeister im Namen der Stadtverwaltung für die verantwortungsvolle Arbeit, die Rohrhofer in unmittelbarer Nachkriegszeit als Stadtrat und Gemeinderat geleistet hat. Der Brief schließt mit besten Wünschen für das persönliche Wohlergehen.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

17. Dezember (RK) Donnerstag, den 20. Dezember, entfällt die Sprechstunde beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Anton Schwaiger.

- - -

Das Bundesheer spendet Spielsachen
=====

17. Dezember (RK) Stadtrat Maria Jacobi wird Donnerstag, den 20. Dezember, um 11 Uhr vormittag im städtischen Kindergarten 14, Lautensackgasse 20, Spielsachen übernehmen, die von Angehörigen des Bundesheeres hergestellt wurden. Die Übergabe wird General Waldmüller vornehmen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu dieser Veranstaltung einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

60. Geburtstag von Viktor Griessmaier
=====

17. Dezember (RK) Am 19. Dezember vollendet der Direktor des Österreichischen Museums für angewandte Kunst Dr. Viktor Griessmaier das 60. Lebensjahr. In Wien geboren, studierte er Kunst- und Musikgeschichte, wurde Assistent am I. Kunsthistorischen Institut der Universität und betätigte sich anschließend als Freischaffender im Volksbildungswesen und im Rundfunk. Im Auftrag des Unterrichtsministeriums hielt er auch wissenschaftliche Vorträge. 1937 wurde er Beamter des Österreichischen Museums für angewandte Kunst, 1942 Kustos und Vorstand der Bibliothek in der ostasiatischen Kunstsammlung. 1958 übernahm er als Direktor die Leitung des Museums. Sein Schaffen umfaßt die österreichische Kunst unter besonderer Berücksichtigung des Kunstgewerbes, aber auch Teile des großen Gebietes der ostasiatischen Kunst. Wegweisend sind seine Aufsätze "Six Enamels at St. Stephans" und "Entwicklungsfragen der Ordo-Kunst". 1936 bearbeitete Griessmaier die Sammlung Eduard v. Heydts. Nach dem Krieg erschienen als seine wichtigsten Veröffentlichungen unter anderem "Österreichische Landschaft und Kunst", "Japanische Holzschnitte", "Impressionismus", "Wiener Beiträge zur Kunst- und Kulturgeschichte Ostasiens".

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

- - -

Neue Brücke über den Alsbach in Neuwaldegg
=====Amundsenstraße am Mittwoch für den Verkehr gesperrt

17. Dezember (RK) Gegenwärtig wird in Neuwaldegg bei der Villa Roth der Alsbach verlegt, was mit einer Begradigung der Amundsenstraße verbunden ist. So lange an der ersten Brückenhälfte gearbeitet wurde, ist der Verkehr über eine von der Stadt Wien gekaufte und von Pionieren des Bundesheeres aufgebaute zerlegbare Stahlbrücke umgeleitet worden. In der Zwischenzeit wurde die erste Brückenhälfte der definitiven Stahlbetonbrücke fertig. Am Mittwoch, dem 19. Dezember, wird nun die Behelfsbrücke von Pionieren wieder abgetragen und der Fahrzeugverkehr bereits über die neue Brücke geleitet. Aus diesem Grund ist es aber notwendig, die Amundsenstraße auf die Dauer eines Tages für den gesamten Verkehr zu sperren. Diese Verkehrssperre wird am Mittwoch, um 7 Uhr früh in Kraft treten und voraussichtlich bis 24 Uhr dauern.

- - -

Antrittsbesuche bei Bürgermeister Jonas
=====

17. November (RK) Heute vormittag machten die neuen Botschafter von Argentinien und Brasilien, M. Enrique Quintana und M. Mario Gibson Barboza, bei Bürgermeister Jonas im Rathaus ihren Antrittsbesuch.

- - -

Am Donnerstag:200 Hortkinder unter dem Rathaus-Weihnachtsbaum
=====

17. Dezember (RK) 200 Hortkinder der Wiener Kinderfreunde werden am Donnerstag, dem 20. Dezember, um 16 Uhr unter dem großen Weihnachtsbaum vor dem Rathaus Bürgermeister Jonas und den Mitgliedern des Wiener Stadtsenates mit einem Weihnachtslied und kleinen selbstgebastelten Geschenken ihre Weihnachtswünsche überbringen.

- - -

Weihnachtsfeier im Altersheim Baumgarten
=====

17. Dezember (RK) Die Weihnachtsfeier für die Pfleglinge des Altersheimes der Stadt Wien-Baumgarten findet Freitag, den 21. Dezember, ab 15 Uhr im Festsaal des Pavillon I statt. Die Mitwirkenden bei dieser Feier sind die Wiener Sängerknaben, die Schüler des Pädagogischen Institutes und der Männergesangverein der Wiener Eisenbahnbeamten.

Im St. Rochusheim im 14. Bezirk wird die Weihnachtsfeier bereits am Donnerstag, dem 20. Dezember, ab 15 Uhr abgehalten.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über Öffentliche Einrichtungen

GR. Maller (KLS) eröffnet die Debatte mit der Feststellung, daß die sogenannte Clo-Steuern, wie der Voranschlag zeigt, Mehreinnahmen von sieben Millionen Schilling erbringen soll, was eine Erhöhung um etwa ein Drittel bedeutet. Da der Hauskehricht jährlich bereits die Menge von einer Million Kubikmeter erreicht, ist es endlich an der Zeit, rasch die Müllabfuhr zu modernisieren, zu automatisieren und zu erleichtern. Wann kann die Wiener Bevölkerung mit einer wirksamen Modernisierung der Mistabfuhr rechnen? Noch immer gibt es leider keine Gefahrenzulage für die Arbeiter der Straßenreinigung, die harte Arbeit leisten müssen.

Die Wiener Bevölkerung ist von Wassermangel bedroht. Selbstverständlich steigt der Wasserverbrauch mit jeder neuen Wohnung. Es ist unbegreiflich, daß die Arbeiten am Grundwasserwerk Lobau so schleppend vor sich gehen. Wir sollten uns nicht den Luxus leisten, unsere Grünflächen mit Hochquellenwasser zu besprengen. Vielleicht könnte man auch vielen Betrieben, die an der Donau und am Donaukanal liegen, nahelegen, das Wasser aus dem Fluß zu entnehmen. Beim Bau der dritten Wasserleitung scheinen die Landesgewaltigen von Niederösterreich der Stadt Wien, wahrscheinlich vor allem aus politischen Erwägungen, immer neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Die Kommunisten seien nicht in der Lage, den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe die Zustimmung zu geben.

GR. Peter (FPÖ) erklärt, daß das Steigen der Einnahmen und Ausgaben auch bei dieser Verwaltungsgruppe zeigt, daß wir uns in einer zwar langsamen, aber ständigen inflationistischen Entwicklung befinden. Leider steht Österreich in dieser Entwicklung an der Spitze der europäischen Länder.

Auf dem Gebiete der Kanalisation kann man bei den Einnahmen feststellen, daß sich die sogenannte Klosettsteuer für die Gemeindeverwaltung günstig ausgewirkt hat. Diese Einnahmesteigerung zeigt, daß durch die Einführung des neuen Gesetzes doch eine Mehrbelastung der Bevölkerung beschlossen wurde, obwohl man das damals in Abrede gestellt hat. Auffallend seien

die geringeren Ansätze für Kanalbauten. Gerade auf diesem Sektor müßte, schon allein zur Bekämpfung der Rattenplage, viel mehr getan werden. Im heurigen Jahr hat sich die Rattenplage durch den niedrigen Wasserstand nicht so stark ausgewirkt. Bei Hochwasser jedoch bieten die alten Kanäle den besten Unterschlupf für die Ratten.

Auf dem Gebiete der Wasserversorgung gab es heuer große Schwierigkeiten. Der Bau der 3. Hochquellenleitung hätte bereits viel früher geplant werden müssen. Man hätte einkalkulieren müssen, daß ein derartiges Projekt auf große Schwierigkeiten stößt. Der Wasserverbrauch steigt in unserer Stadt ständig und dieser Tatsache könnte man nie früh genug Rechnung tragen. Wenn bisher vom Grundwasserwerk Lobau gesprochen wurde, dann wurde es immer nur als ein Provisorium bis zur Fertigstellung der 3. Hochquellenleitung bezeichnet. Der Redner stellt die Frage, was mit diesem Grundwasserwerk später einmal geschehen soll. Bezüglich der Wasserqualität vertritt er die Ansicht, daß man ruhig bei der Chlorierung bleiben könnte, da eine Ozonisierung mit zu hohen Kosten verbunden wäre. Auch der oberste Sanitätsrat hält die Chlorierung aus gesundheitlichen Gründen für richtig. Bedauerlich sei, daß man bis jetzt keinerlei Vorkehrungen getroffen hat, um unser Trinkwasser vor eventuell auftretenden atomaren Gefahren zu schützen. Auf dem Gebiete des Zivilschutzes geschehe leider bei uns überhaupt noch viel zu wenig.

Erfreulich sei die Entwicklung auf dem Bädersektor. Der Frequenzrückgang bei den Brausebädern sei ein Zeichen dafür, daß in den Wohnungen immer mehr Badezimmer vorhanden sind. Vielleicht wäre es zweckmäßig, kleinere städtische Bäder in den einzelnen Bezirksteilen mit großem Althausbestand zu errichten.

Auch bei den Kinderfreibädern ist viel geschehen. Trotzdem mangelt es gerade in den dicht verbauten Bezirken an solchen Einrichtungen. Der Redner regt an zu untersuchen, ob man Kinderfreibäder nicht auf Dächern bauen könnte. In anderen Ländern wurden damit bereits gute Erfahrungen gemacht.

Der Redner kommt dann auf die Ausführungen des GR. Schreiner bei der letzten Budgetdebatte zu sprechen, der die Bäderneu-

bauten als ein Produkt der Sozialisten in der Verwaltung bezeichnete. Eine derartige Ansicht müßte man entschieden zurückweisen, da alles was in Wien geleistet werden kann, aus den Mitteln aller Steuerzahler kommt.

Bei der Stadtreinigung regt der Redner an, die Löhne für die Schneearbeiter zu variieren. Obwohl die Schneearbeiterlöhne erfreulicherweise erhöht wurden, bekommt man noch nicht genügend Arbeitskräfte. Vielleicht könnten die Löhne je nach der Dringlichkeit, mit der man Schneearbeiter braucht, bis zu 15 Schilling je Stunde gestaffelt werden.

Bei der Hauskehrabfuhr müßte man untersuchen, wie man sie noch leiser gestalten könnte. Die Errichtung von Müllverbrennungsanlagen ist zu begrüßen. Man müßte jedoch auch hier den Erfordernissen der Zeit entsprechen und bereits weitere Anlagen planen.

GR. Peter beschäftigt sich zum Schluß mit einem in einer Wiener Zeitung veröffentlichten Artikel, in dem Wien eine schmutzige Stadt genannt wurde. Der Redner distanziert sich auf das entschiedenste von solchen Behauptungen und gibt zugleich seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß eine solche unerhörte Verleumdung seitens des Wiener Gemeinderates nicht energisch zurückgewiesen wurde.

Die FPÖ-Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe VIII nicht zustimmen.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) beschäftigt sich in seinem Debattenbeitrag mit den Wasserzuzugsgebieten Wiens, mit der gegenwärtigen Kapazität der Wassergewinnung und mit der Qualität unseres Trinkwassers. Während die Wasserversorgung im Laufe der Zeit nur durch den Ausbau kleinerer Wasserwerke verbessert werden konnte, sagt er, stieg der Wasserbedarf in Wien in den letzten 60 Jahren um das Zweieinhalbfache. Der Wasserverbrauch in Wien steigt mit dem zunehmenden Wohlstand gegenwärtig bis zu vier Prozent jährlich. Wir sind glücklich darüber, daß bessere Hygiene und bessere sanitäre Anlagen unsere Wohnungen kennzeichnen. Weniger erfreulich aber ist, daß die Wassergewinnung keinesfalls mit dem Verbrauch Schritt halten könne, wie uns insbesondere die Trockenperiode der letzten Monate gezeigt hat. Die Wasser

werke mußten unpopuläre Sparmaßnahmen erlassen, die allerdings bereits wieder aufgehoben wurden. Der Redner gibt in diesem Zusammenhang seiner Befürchtung Ausdruck, daß möglicherweise bei anhaltendem Frost in drei oder vier Wochen Sparmaßnahmen wieder eingeführt werden müßten.

Er beschäftigt sich dann mit den Problemen der dritten Trinkwasserleitung und dem Grundwasserwerk Lobau. Er stellt fest, daß sich der Lobauer Horizontal-Filterbrunnen in einem Naturschutzgebiet befindet und daß der Einspruch der Niederösterreichischen Landesregierung keinen Einfluß auf das Wasserrechtsverfahren hatte, weil die Oberste Wasserrechtsbehörde diesen im vorhinein ausschied. Seiner Ansicht nach kann auch von einer Verzögerung beim Ausbau des Grundwasserwerkes nicht gesprochen werden.

Er widmet sich dann den Gefahren für das Grundwasser. Daß Viren im Wasser wesentlich widerstandsfähiger sind als Bakterien, erklärt er, ist bekannt. Ebenso bekannt ist aber auch die Schleppwirkung von wenig abbaubaren Detergentien, die sich äußerst ungünstig auf die Bodenbakterien auswirken. Er setzt sich daher für die Schaffung von ausreichenden Schutzmaßnahmen für die Grundwasserwerke Lobau und in der Mitterndorfer Senke aus.

Er wolle nicht seinen Vorschlag auf die Errichtung einer Ozonierungsanlage bei den Wiener Wasserwerken nach dem Muster Salzburgs vorbringen, doch mache er darauf aufmerksam, daß etwa beim Grundwasserwerk Nußdorf eine Chlorier-Oxyd-Anlage eingebaut werden könnte. Das Grundwasserwerk Lobau wird für die Wasserversorgung Wiens von großer Bedeutung sein. Wir haben dort zwei Horizontal-Filterbrunnen fertiggestellt und werden nun die schwierigen Wassertransportleitungen über die Reichsbrücke und die Wagramer Straße zu bauen haben. Gleichzeitig muß aber alles unternommen werden, um das Grundwasserwerk gegen die ihm seitens des Ölhafens möglicherweise drohende Verschmutzungsgefahr zu schützen.

Der Redner brachte dann einen Antrag ein, in Anbetracht der Gefahren der Wasserverunreinigung und zur Lösung der Abwasserprobleme solle sich die Studienkommission für die Wiener Wasserversorgung mit den Abwasserfragen beschäftigen.

Wir werden auf die Dauer die schmutzigen Abwässer nicht ungeklärt in die Donau ableiten können. Eine mechanische Kläranlage wird wahrscheinlich bald notwendig sein.

GR. Bednar (SPÖ) hebt die Leistungen hervor, die in dieser Geschäftsgruppe in den vergangenen Jahren vollbracht wurden. Wenn trotzdem immer Kritik geübt wird, sehe er die Ursache darin, daß sich die Tätigkeit der Abteilungen dieser Gruppe sozusagen im Dunkeln vollzieht.

Man könne jedenfalls feststellen, daß unsere Stadt in den letzten Jahrzehnten schöner und auch sauberer geworden ist.

Große Probleme wirft der stärker werdende Schwerverkehr auf; die Zahl der Rohrgebrechen häuft sich. Allein in den letzten Jahren wurden in Wien 754 Gebrechen gezählt.

Auf dem Gebiet des Kanalbaues besteht ein großer Nachholbedarf.

Ausführlicher beschäftigt sich der Redner mit der Wasserversorgung. Der Wassermangel sei keine Wiener Spezialität, sondern während der warmen Jahreszeit in sämtlichen Städten Europas zu bemerken. Und gerade auf dem Sektor der Wasserversorgung ist in den letzten Jahren in Wien sehr viel geschehen. Der Redner betont auch, daß im Gegensatz zur allgemeinen Meinung das Grundwasser nicht schlechter, sondern sogar besser ist, als das Hochquellenwasser. Die Versorgung der Wiener Industrie mit einer eigenen Nutzwasserleitung lehnt er ab, weil auch das Donauwasser erst aufbereitet werden müßte, um Gesundheitsschädigungen zu vermeiden, und weil ein eigenes Rohrnetz notwendig wäre. Abschließend meint er, man sollte sich hüten, mit dem Wasser Parteipolitik zu treiben. Er wendet sich in diesem Zusammenhang auch gegen tendenziöse Zeitungsberichterstattung.

Bei den Bädern - es gibt 68 in Wien - kritisiert der Redner, daß für Instandhaltungsarbeiten im Budget zu wenig eingesetzt sei, nämlich nur 1,1 Millionen Schilling. Es sei jedoch erfreulich, daß wieder neue Bäder dazukommen.

Abschließend erklärt der Redner, wenn auch von verschiedenen Seiten Kritik geübt wurde, so habe die Geschäftsgruppe VIII doch gute Arbeit geleistet. Neue große Aufgaben sind zu erfüllen. Die Sozialistische Fraktion werde den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Dr. Ebert (ÖVP) erklärt, daß bei der Müllabfuhr in der Vergangenheit viel versäumt wurde. Man ist zu spät darangegangen, eine Müllverbrennungsanlage zu bauen. Als Folge der modernen Verpackungsmethoden und durch die Umstellung der Heizung in den Wohnungen sind die Müllmengen enorm angestiegen. Die traditionelle Müllbeseitigung auf großen Ablagerungsstätten ist sehr problematisch. Es ist erwiesen, daß Müllablagerungen an unrichtigen Stellen das Grundwasser schwer heinträchtigen können. In Atzgersdorf sind bereits Verunreinigungen des Grundwassers festgestellt worden. Auch die Modernisierung der Kolonialkübelabfuhr mit weniger lärmenden Gefäßen hätte man schon früher in Angriff nehmen können. Kleinere Städte Niederösterreichs sind dazu übergegangen, für die Müllbeseitigung große Papiersäcke zu verwenden. Solche Papiersäcke könnten beispielsweise in den Randgebieten Wiens auf besonderen Wunsch abgeholt werden.

Die Stadtreinigung leidet unter Personalmangel. Will Wien seinen Verpflichtungen auf diesem Gebiet nachkommen, muß man sich eben den Kopf zerbrechen, wie man neue Arbeitskräfte bekommt. (GR. Windisch, SPÖ: Fahren Sie nach Westeuropa! Dieses Problem haben Sie in jeder Großstadt!) Zum Teil hat man es dort mit Hilfe der Privatinitiative besser gelöst.

Die Behinderung durch abgestellte Autos in den Straßen ist heute besonders arg. Die Gemeinde Wien hätte zeitgerecht trachten müssen, Parkmöglichkeiten zu bieten. In Aachen hat man schon vor vielen Jahren eine Parkgarage gebaut. Wohin sollen heute die Autos in der Wiener Innenstadt, wenn keine Parkmöglichkeit besteht? Hier wurde in Wien sehr viel versäumt. Vielleicht war man aber früher auf die Autofahrer noch nicht so gut zu sprechen, denn damals waren Autobesitzer "Plutokraten". (GR. Windisch, SPÖ: Das sind billige Gemeinplätze!)

Ein leidiges Kapitel ist der Winter in Wien. Kein Privatbetrieb könnte es sich leisten, für eine schwere Nachtarbeit in schmutzigen Straßen zwölf Schilling pro Stunde zu zahlen. Es ist eine Frage der Kalkulation, ob man mit guten Löhnen schnell den Schnee von den Straßen wegbringt oder bei einer schlechteren Bezahlung der Arbeitskräfte vielleicht die dreifache Zeit braucht, weil der Schnee inzwischen hart geworden ist. Man

darf sich nicht immer wieder auf milde Winter verlassen. Nicht immer sind die himmlischen Heerscharen die besten Räumkommandos.

Der Streudienst auf den winterlichen Straßen läßt gleichfalls zu wünschen übrig. Manchmal wäre es notwendig, auf abschüssigen Straßen ein Schild anzubringen: "Nur auf eigene Gefahr und mit Schneeketten befahrbar!" Dies trifft vor allem auf Straßenzüge zu, welche infolge von Umleitungen nicht in den Streuplan einbezogen sind.

Abschließend spricht sich GR. Dr. Ebert für eine Hilfe an die Wiener Privatbäder aus, die zum Teil auch durch die niedrigen Sozialtarife der städtischen Bäder unter die Räder gekommen sind. Der Wiener Gemeinderat möge - so verlangt der Redner in einem Beschlußantrag - eine Kreditaktion beschließen, wonach die Wiener Privatbäder zu den gleichen Bedingungen und Voraussetzungen wie das Wiener Gast- und Schankgewerbe durch die Gemeinde Wien Kredite zur Modernisierung ihrer Bäder erhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Koci betont in seinem Schlußwort, daß die Umstellung bei der Müllabfuhr auf die neuen Rundtonnengefäße natürlich nur allmählich vor sich gehen kann, da die alten Kolonialkübel zum Glück eine lange Lebensdauer haben.

Was die Erschließung neuer Wasservorkommen betrifft, so müsse der Stadtrat den Vorwurf einzelner Debatteredner, daß hier nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen wurde, zurückweisen. Die Stadtverwaltung hat schon 1947 mit den ersten Versuchen im Steinfeld begonnen. Auch die Grundwasseruntersuchungen in der Lobau wurden schon 1957 aufgenommen. Im übrigen kann man nicht jedes Grundwasservorkommen für Industriezwecke verwenden, was insbesondere für die Lebensmittelindustrie gilt.

Die Errichtung von kleinen Bädern in den verbauten Bezirken scheitert an der Beschaffung der hierzu notwendigen Grundflächen. Die bestehenden Volksbäder werden jedoch weiter ausgebaut und verschönert werden.

Den Schneearbeitern höhere Löhne zu geben, scheitert nicht nur an den beschränkten finanziellen Mitteln, es wäre auch eine Ungerechtigkeit gegenüber den Löhnen der eigenen Angestellten.

Es sei bedauerlich, daß sich manche Zeitungen dazu verleiten lassen, Wien als schmutzigste Stadt zu bezeichnen. Unsere Stadt gehört, wie auch immer wieder von Ausländern festgestellt wird, zu den saubersten Weltstädten. Natürlich bestehen durch den starken Verkehr und die vielen verparkten Flächen auch in der Straßenreinigung Schwierigkeiten. Der Redner appelliert an die Bevölkerung, einen Beitrag für die Sauberkeit unserer Stadt zu leisten. Man sieht immer wieder, daß die bei den Straßenbahnhaltestellen angebrachten Abfallkörbe mit dem Hausmüll angefüllt werden und nicht zweckentsprechend für kleine Abfälle wie Fahrscheine usw. verwendet werden können.

Zum Ölhafen Lobau: Die Magistratsabteilung 29 hat alle Rohrleitungen untersucht. Eine dieser Leitungen steht derzeit nicht in Verwendung, an der zweiten wurde eine Undichtheit festgestellt und ihre Abdichtung baupolizeilich verlangt. Es wurden im Ölhafen Sonden zum Absaugen des verschmutzten Wassers angesetzt und alle Vorkehrungen getroffen, um den Hafen vor weiteren Verunreinigungen zu schützen.

Zu sagen, die Wassersparmaßnahmen wurden nur wegen der Budgetverhandlungen aufgehoben, gehe entschieden zu weit. Man könne viele Dinge verpolitisieren, aber kaum die Trinkwasserversorgung. Die Wiener hatten viel Verständnis für die Sparmaßnahmen und dafür ist ihnen zu danken. Die Schwierigkeiten bei der Wasserversorgung traten nicht durch ein Versäumnis auf, sondern durch die ungewöhnlichen Witterungsverhältnisse. Gegen eine Diskussion über die Desinfektionsmaßnahmen des Wassers unter Beiziehung von Fachleuten sei nichts einzuwenden. Festzustellen wird sein, ob die Verunreinigung des Donaustromes nicht schon oberhalb Wiens einsetzt.

Die Planung für die Müllverbrennungsanlage setzte keinesfalls zu spät ein. Es gab in den ersten Nachkriegsjahren kaum einen Hausmüll. Als dann die Frage der Müllverbrennung aufgegriffen wurde, gab es erst viele Probleme zu klären. Schließlich kann man Steuer-gelder erst dann ausgeben, wenn ein Vorhaben genau untersucht und geplant ist.

Die erste Müllverbrennungsanlage wird im kommenden Jahr fertiggestellt werden. Die zweite soll im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses entstehen. Es ist daran gedacht, an diese Anlage auch das Rathaus anzuschließen, dessen Kesselanlage bereits schadhaft ist und erneuert werden müßte. Mit einem derartigen Projekt wird man sich jedoch noch eingehend beschäftigen müssen. Es besteht auch die Absicht, später einmal im Gebiet des E- und Gaswerkes in Simmering eine Müllverbrennungsanlage zu errichten.

Den Müll in Papiersäcken abzutransportieren, entspräche nicht den Bedürfnissen einer Großstadt. In unsere Müllbehälter werden auch heiße Asche und Glassplitter geleert. Papiersäcke wären für Wien aus wirtschaftlichen, sanitären und technischen Gründen nicht zweckmäßig.

Abschließend ersucht der Referent den Antrag des GR. EDr. Strunz zur weiteren Behandlung der Magistratsdirektion zuzuweisen und den Antrag des GR. Dkfm. Dr. Ebert dem Gemeinderatsausschuß II.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe VIII mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die Zuweisung der beiden Anträge der ÖVP erfolgte einstimmig.

Die Beratungen werden morgen Dienstag, den 18. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, fortgesetzt. Referent Stadtrat Glaserer (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Sizilianischer Besuch bei Bürgermeister Jonas

=====

17. Dezember (RK) Vertreter der Regionalregierung von Sizilien, die sich gegenwärtig zu Studien- und Vortragszwecken in Wien aufhalten, besuchten heute mittag Bürgermeister Jonas im Rathaus.

Bereits Samstag fand im Italienischen Kulturinstitut ein Vortragsabend unter dem Titel "Sizilien, die Insel der Sonne" statt.

- - -

"Pflegekinder" für Pflegekinder
=====

17. Dezember (RK) Bereits vorige Woche verteilte Stadtrat Maria Jacobi die Adoptionsurkunden an 23 Wiener Volksschülerinnen, wodurch sie ihre Puppenkinder geschenkt erhielten, die sie voriges Jahr im Auftrag des Jugendamtes in Pflege übernommen hatten. Heute nachmittag kamen nun Pflegekinder der Stadt Wien - 50 an der Zahl - an die Reihe, um ihrerseits "Pflegekinder" zu bekommen. Vorher überreichte Stadtrat Maria Jacobi jenen Kindern, die vor einem Jahr ihre Puppen in Pflege bekommen hatten, wieder die "Adoptionsurkunden". Die Kinder, die heute ihre Puppen mit nach Hause nahmen, werden nach einem Jahr ebenfalls ihre "Pflegekinder" behalten dürfen.

An der kleinen Feier im Wiener Rathaus nahmen auch mehrere Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses teil. Eine Spielgruppe von angehenden Kindergärtnerinnen brachte Weihnachtslieder zu Gehör.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 17. Dezember
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 20 Ochsen, 42 Stiere, 132 Kühe, 24 Kalbinnen, Summe 218. Neuzufuhren Inland: 159 Ochsen, 421 Stiere, 967 Kühe, 239 Kalbinnen, Summe 1.786. Gesamtauftrieb: 179 Ochsen, 463 Stiere, 1.099 Kühe, 263 Kalbinnen, Summe 2004. Verkauft wurden: 164 Ochsen, 462 Stiere, 1.056 Kühe, 259 Kalbinnen, Summe 1.941; unverkauft blieben: 15 Ochsen, 1 Stier, 43 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 63.

Preise: Ochsen 8.50 bis 12.20 S, extrem 12.90 bis 13.20 S, Stiere 9 bis 11.70 S, extrem 11.80 bis 12 S, Kühe 6 bis 9.20 S, extrem 9.40 bis 10.20 S, Kalbinnen 9 bis 11.80 S, extrem 11.90 bis 12.30 S, Beinlvieh Kühe 5 bis 6 S, Ochsen und Kalbinnen 7 bis 9 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 15 Groschen und ermäßigte sich bei Stieren um vier Groschen, bei Kühen um zehn Groschen und bei Kalbinnen um sechs Groschen. Der Durchschnittspreis beträgt: für Ochsen 10.15 S, für Stiere 10.51 S, für Kühe 7.21 S, für Kalbinnen 10.07 S; Beinlvieh notierte unverändert.

- - -